

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 47, 31. Oktober 2011

Stärkung des Euro-Rettungsschirms

Die Regierungschefs der Euro-Länder haben sich vergangenen Mittwoch darauf geeinigt, die Schlagkraft des Euro-Rettungsschirms EFSF auf eine Billion Euro zu erhöhen. Das soll helfen, dass sich die Krise nicht ausweitet. Die von den Staaten eingezahlte tatsächliche Summe von 440 Milliarden Euro soll jedoch nicht vergrößert werden. Auf welche Weise die Schlagkraft des Euro-Rettungsschirms genau erhöht wird, ist noch nicht entschieden. Die Finanzminister sollen nun prüfen, welches von zwei denkbaren Modellen realisiert werden soll.

Ausreichend ist dies aus Sicht der SPD aber nicht, um die Krise im Euroraum zu überwinden. Seit eineinhalb Jahren fordert die SPD einen umfassenden Ansatz – unter anderem einen Schuldenschnitt für Griechenland. In Brüssel einigten sich die Staats- und Regierungschefs mit den Banken nun endlich drauf, Griechenland rund die Hälfte seiner Schulden zu erlassen. Die SPD hatte seit langem einen Schuldenschnitt für das hochverschuldete Land gefordert.

Wie von der SPD gefordert wurde beim Gipfel auch beschlossen, dass die europäischen Banken rekapitalisiert werden sollen. Das heißt, dass Finanzhäuser mehr Geld für Notsituationen zurücklegen müssen. Bis Juni 2013 haben sie nun Zeit, ihre Kernkapitalquote auf neun Prozent zu erhöhen. Dieses Geld muss immer und sofort verfügbar sein.

Für die Sozialdemokraten steht fest, dass die Krise nur mit einem umfassenden und glaubwürdigen Gesamtkonzept gelöst werden kann. Aus der Währungsunion muss mehr gemacht werden als nur eine gemeinsame Währung, auch eine gemeinsame Fiskalpolitik, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, bei der wir Steuerdumping zum Beispiel endlich unterbinden.

Einige der weitergehenden Forderungen der SPD sind:

- Den von der Eurokrise betroffenen Ländern muss mit einer wirksamen und nachhaltigen Wachstumsstrategie geholfen werden.
- Die Akteure des Finanzsektors müssen an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt werden. Deshalb muss die von der EU-Kommission im Oktober 2011 vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer endlich eingeführt werden. Sollte es nicht möglich sein, diese Finanzsteuer in der gesamten Europäischen Union durchzusetzen, muss diese in der Euro-Gruppe oder in einem Zusammenschluss mehrerer Staaten eingeführt werden.
- Die Finanzmärkte müssen schärfer reguliert werden. Nur diejenigen Finanzprodukte dürfen zu gelassen und gehandelt werden, die auch kontrolliert werden können. Notwendig sind höhere Eigenkapitalquoten der Banken, eine Trennung von Investment- und Commercialbanking, ein geordnetes Insolvenzverfahren für systemrelevante Finanzmarktakteure, das Verbot hochspekulativer Geschäfte und eine verstärkte Transparenz und Aufsicht über Finanzgeschäfte.

Alle Forderungen und Entschließungsanträge zum Euro-Rettungsschirm finden Sie im Anhang.



Mode und Ethik

Montag, 14.11.11 -
18:00 bis 20:00 Uhr
Esslingen, Neckar Forum



Podiumsdiskussion mit:

Karin Roth MdB, Parl. Staatssekretärin a.D.

Andreas Streubig, Bereichsleiter für Umwelt- und Gesellschaftspolitik Otto Group

Rolf Heimann, Leiter für Qualität und Entwicklung bei hess natur

Christiane Schnura, Koordinatorin der Kampagne für "Saubere Kleidung"

Claudia Duppel, Geschäftsführerin des Dachverbands Entwicklungspolitik e.V. (DEAB)

Moderation: Birgit Lieber, DEAB

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Soziale Sicherung in Entwicklungsländern: SPD fordert klare Position von Merkel beim G20-Gipfel

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur Sozialen Sicherung in Entwicklungsländern in den Deutschen Bundestag eingebracht. Anlässlich der Plenardebatte vergangenen Donnerstag und des bevorstehenden G20-Gipfels vom 3. bis 4. November 2011 in Cannes erklärte die zuständige Berichterstatterin in der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

„80 Prozent aller Menschen weltweit leben ohne jegliche Absicherung gegen elementare Lebensrisiken, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter oder den Tod eines Ernährers oder einer Ernährerin. Jedes Jahr verarmen 100 Millionen Menschen, allein weil sie die Kosten für Gesundheitsleistungen und Medikamente aus eigener Tasche direkt zahlen müssen. Deshalb verzichten viele Menschen auf wichtige Ausgaben für Nahrungsmittel und die Behandlung im Krankheitsfall und sind so in einem Teufelskreis aus Armut, Krankheit und sozialer Unsicherheit gefangen. Frauen und Kinder in Entwicklungsländern sind davon besonders betroffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag „Soziale Sicherung als Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik“ (Bundestags-Drucksache 17/7358) die Bundesregierung auf, sich stärker für den Auf- und Ausbau solidarisch finanzierter sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungsländern einzusetzen. Bundeskanzlerin Merkel soll deshalb beim bevorstehenden G20-Gipfel vom 3. bis 4. November 2011 in Cannes das von den Vereinten Nationen getragene Konzept eines Social-Protection-Floors offensiv unterstützen, mit dem ein sozialer Basisschutz für alle Bevölkerungsgruppen – vor allem die Ärmsten und die Beschäftigten im informellen Sektor – garantiert wird. Dazu gehört auch, den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelten Ansatz einer universellen Absicherung im Krankheitsfall voranzubringen.

Soziale Sicherung muss wie zu Zeiten der SPD-Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul wieder integraler Bestandteil einer menschenrechtsorientierten und nachhaltigen deutschen und europäisch abgestimmten Entwicklungspolitik werden. Außerdem müssen die Partnerländer bei guter Regierungsführung, der Bekämpfung der Korruption und dem Aufbau eigener transparenter Steuer- und Verwaltungsstrukturen unterstützt werden. So können die Sicherungssysteme langfristig unabhängig von internationalen Gebern werden. Sektorale Budgethilfe kann dabei wertvolle Unterstützung leisten. Wir erwarten zudem, dass Entwicklungsminister Niebel endlich auch die Zeichen der Zeit und damit die Wichtigkeit Sozialer Sicherung für die Armutsbekämpfung erkennt, und seine Fehlentscheidung, die entsprechende Zielgröße im Haushalt ersatzlos zu streichen, korrigiert.

Durch den Aufbau solidarischer sozialer Sicherungssysteme kann die weltweite Armut und Kinderarbeit nachhaltig bekämpft und ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet werden. Denn nur wer über eine Mindestabsicherung der Lebensrisiken verfügt, ist auch bereit Neues zu wagen und kann in die Zukunft der eigenen Existenz und der seiner Familie zu investieren.“



50 Engagierte zu Gast in Berlin

Karin Roth freute sich sehr, Engagierte aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Berlin zu begrüßen. Mit dabei waren die Jugendbühne Ostfildern, SchaPaNesen—also Engagierte aus dem Scharnhäuser Park, Vertreterinnen und Vertreter von „Selbständig in Ostfildern auch im Alter SOfiA“, das vielfach engagierte Ehepaar Fingerle und die Stadträtin Stefanie Sekler-Dengler aus Ostfildern, die Naturfreunde Esslingen und Engagierte aus dem Tennisclub Esslingen. Vier spannende Tage warteten auf die Besucherinnen und Besucher!